

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

149 (1.7.1931)

VOLKSTREUDE

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADEN

Anzeigenpreise Die Anzeigenpreise betragen 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung und Stellungnahme 5 Pfennig. Die Anzeigenpreise betragen
50 Pfennig o. bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des
Vertrages, bei gerichtlicher Vertretung und bei Anrufen außer Kraft tritt o. bei
Anrufen und Gerichtsverfahren in Karlsruhe L. D. o. Schrift der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wander
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. ohne Inzahlung 2,20 Mark o. durch die Post
2,60 Mark o. Gaylordauf 10 Pfennig o. Erschließung 5mal wöchentlich
Vormittags 11 Uhr o. Besichtigung 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
he L. D., Waldstraße 28 o. Jernstr. 7020 und 7021 o. Volkshaus-Büro: Durlach, Haupt-
straße 9, D.-Boden, Jagdwegstraße 12, Rastatt, Tollenstraße 2, Offenburg, Republikstraße 4

Nummer 149

Karlsruhe, Mittwoch, den 1. Juli 1931

51. Jahrgang

Kein Fortschritt in Paris

Mellon erwartet Washingtoner Weisung

Paris, 30. Juni. (Eig. Draht.) In den französisch-amerikanischen Verhandlungen waren auch am Dienstag Fortschritte nicht zu verzeichnen. Neue Besprechungen über am Dienstag nicht stattgefunden, da der amerikanische Geschäftsführer Mellon zunächst neue Weisungen abwartet bzw. der französische Ministerpräsident und Außenminister Briand durch die Interpellationsdebatte im Senat in Anspruch genommen werden.

Die nationalistische französische Presse fordert die französische Regierung auf, in den drei Punkten, über die bisher keine Einigung erzielt war, Zugeständnisse nicht zu machen.

französl. Senatsdebatte über Hooverplan

Paris, 30. Juni. Der Senat hat heute am Schluss einer Debatte über die französische Antwort zum Hooverplan nach den Erklärungen des Finanzministers Mandin und des Ministerpräsidenten Briand eine Entschließung des Senats über den Hooverplan mit 197 gegen 5 Stimmen angenommen, die lautet:

Der Senat ist der Ansicht, daß die Achtung der Verträge und Abmachungen die einzige feste Grundlage der internationalen Beziehungen bildet. Der Senat erinnert an die Opfer und Anstrengungen aller Art, die Frankreich seit 13 Jahren zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und zu Gunsten der Wiederherstellung der Einheit in der europäischen Weltwirtschaft gebracht hat. Der Senat billigt die Erklärung der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

Frankreich rollt politische Garantieforderungen auf

Berlin, 30. Juni. (Eig. Draht.) Der amerikanische Botschafter in Berlin sprach am Dienstag zur Klärung gewisser Rückfragen, die auf Grund der Pariser Verhandlungen von Washington aus gestellt waren, wieder beim Reichskanzler vor.

Neuerdings hat die französische Regierung trotz des Widerpruchs der amerikanischen Regierung auch die Frage der politischen Garantien wieder aufgerollt. Man fordert eine Garantie gegen die Verwirklichung der Zollunion und wünscht Garantien dafür,

daß Deutschland das Freijahr nicht zur Verstärkung seiner Marine und der Reichswehr benutzte.

Belgiens Antwort an Hoover

Zustimmung mit einzelnen Wünschen

Brüssel, 30. Juni. (Eig. Draht.) Die belgische Antwort an den amerikanischen Staatspräsidenten Hoover, die am Mittwoch nach Washington übermittelt wurde, knüpft keinerlei Bedingungen an die Annahme des amerikanischen Planes. Sie gibt lediglich der Bitte Ausdruck, die besonderen Rechte Belgiens aus dem Youngplan, sowie seine besonders schwierige Finanzlage zu berücksichtigen. Sie unterscheidet sich dadurch grundförmlich von der französischen Antwort, wie die beiden Regierungen in dieser Frage überhaupt getrennte Wege gegangen sind. Das ist ein weiterer Schritt in dem Prozeß der Loslösung Belgiens von der französischen Politik.

Belgien fordert während des Ferienjahres keine deutschen Zahlungen. Es ist andererseits aber der Meinung, daß das Markabkommen, nach dem Deutschland an Belgien bis auf Weiteres einen jährlichen Betrag von 21,5 Millionen Mark zu zahlen hat, außerhalb des Youngplans stehe und deshalb auch während des Ferienjahres durchgeführt werden muß. Außerdem verweist die belgische Regierung Deutschland zur Fortsetzung wissenschaftlichen Teils seiner Naturalisierungen zu bewegen. Ferner verlangt sie von England die Stundung der Jahreszahlung mehrerer kleiner Wiederanbauarbeiten. Endlich bemüht man sich um die Stundung der Jahreszahlung der in Amerika aufgenommenen Bankanleihen.

Hoover will auch ohne Frankreich helfen

Frankreich isoliert

Washington, 1. Juli. (Kundendienst.) Der Stand der französisch-amerikanischen Verhandlungen in Paris wird hier zwar nicht als hoffnungslos, aber als außerordentlich kompliziert betrachtet. Staatspräsident Hoover hatte am Dienstag wiederholt Besprechungen mit seinen Mitarbeitern über die Lage. Anschließend wurde hauptsächlich die Frage besprochen, wie man Deutschland nützlich ohne Frankreich helfen könne. Es bestätigt sich bisher, daß Amerika entschlossen ist, den Hooverplan auch ohne Frankreich durchzuführen und daß es dabei die volle Unterstützung der englischen Arbeiterregierung findet.

15 000 Staatsbeamte in Polen entlassen

Warschau, 30. Juni. (Eig. Draht.) Am Dienstag wurden im Zusammenhang mit der großen Evakuierung der polnischen Regierung etwa 15 000 Staatsbeamte entlassen.

Die polnischen Staatsbeamten haben inzwischen beschloffen, gegen die Kürzung und Entlassungspolitik der Regierung, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, zu kämpfen und notfalls auch nicht vor einem Streik zurückzuflehen. In nächster Zeit sollen auch die Ministerien für Volks-Agrar-Reform und öffentliche Arbeiten liquidiert werden.

Botschafter a. D. Stamer gestorben

Hamburg, 30. Juni. (Eig. Draht.) In der Nacht zum Dienstag ist der ehemalige deutsche Botschafter in London, Dr. Friedrich Stamer, in Hamburg einem Schlaganfall erlegen. Stamer, der am 24. November 1856 geboren ist, war vor seinem Eintritt in den auswärtigen Dienst erster Botschaftsrat in Hamburg. Im Januar 1920 ist er zum deutschen Geschäftsträger und im August des gleichen Jahres zum Botschafter in London bestellt worden. Ende Dezember 1930 trat er in den dauernden Ruhestand und lebte seither in seiner Heimatstadt Hamburg.

Der Verstorbene hatte sich durch sein ruhiges, für seinen Posten fast allzu zurückhaltendes Wesen allorts persönliches Vertrauen erworben.

Preussischer Volksentscheid anfangs August

Weniger Volksbegehren als vom Stahlhelm berechnet

Amtlich wird vom Preussischen Pressedienst mitgeteilt: „Der Landeswahlleiter hat am 29. Juni seine Arbeiten zum Stahlhelm-Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtags abgeschlossen, und noch am selben Tage das Ergebnis der amtlichen Zählung dem preussischen Staatsminister des Innern übermittelt. Es ist amtlich festgestellt, daß sich von den 28 368 215 Stimmberechtigten in Preußen 5 955 996 Personen in die Liste zum Volksbegehren „Landtagsauflösung“ eingetragen haben. Dieses amtlich festgestellte Ergebnis bleibt somit um etwa 75 000 Stimmen hinter der Berechnung des Bundesamts des Stahlhelm zurück. Dem Stahlhelm waren eine Reihe von Redakteuren unterlaufen, so daß sie irrtümlich annahmen, daß sich über 6 Millionen Stimmberechtigte eingetragen hätten.“

Das preussische Staatsministerium hat am Dienstag beschloffen, dem preussischen Landtag das Ergebnis des Stahlhelm-Volksbegehrens sofort zu senden und ihm die Ablehnung der geforderten Auflösung des Landtags zu empfehlen. Der Volksentscheid dürfte dann anfangs August, wahrscheinlich am 2. August, feigen.

Die spanischen Wahlen

Der sozialistische Wahlerfolg und die kommenden Regierungsmöglichkeiten
(Von unserem Madrider Korrespondenten)

Madrid, 30. Juni. (Durch Telephon.) Genau zwei Monate nach dem Sturz der Monarchie hat das spanische Volk seine Abgeordneten zu der verfassunggebenden Nationalversammlung seiner zweiten Republik gewählt. In vollster Ruhe und Ordnung sind diese Wahlen vor sich gegangen. Nichts von Volkssturm, von kommunistischen oder sozialistischen Unruhen, auch nichts von Gemattaten der vollkommen zerschlagenen monarchistisch-kerikalen Reaktion. Dafür aber eine Wahlbeteiligung, wie sie Spanien noch niemals gesehen hat. In Madrid 70-80 Prozent. Unter der Monarchie wurden nur selten einmal 70 Prozent erreicht. Es gibt kein besseres Zeichen für das Erwachen des Volkes aus dem Schlaf der politischen Apathie, in den es von den Kartellparteiern des alten Regimes gehalten wurde. Das kommende Parlament soll die Grundgesetze des neuen Staates festlegen und das aufgeweckte Volk beteiligt sich mit Leidenschaft, — wenn auch in vollster Ordnung — an dem geistigen Kampf um dieses Fundament. Das Volk in Spanien beweist, daß es reif zur Demokratie ist. Hier liegt die weitaus größte Bedeutung der letzten Wahlen. Hinter dieser Tatsache tritt die Verteilung der Mandate selbst zurück.

Die Erregung der Massen war bei den Kommunalwahlen des April viel stärker. Damals ging es darum, mit dem Stimmzettel die Jahrhunderte alte Dynastie zu stürzen, damals ging es um negative Ziele. Jetzt war eine positive Aufgabe zu lösen. Vielleicht entsprach dieser Unterschied der geringeren äußeren Begeisterung und dafür zu Tage tretende größere Ernst. Die Luft war nicht mehr mit so dramatischer Spannung geladen wie zweieinhalb Monate zuvor. Weil dem so war, hatten vor allem diejenigen Parteien die Wählermassen auf ihrer Seite, die den Aufbau in ihrem Programm am stärksten betonten. Die Sozialisten ließen allen den Rang ab. Ihr konstruktives Programm wies am klarsten den Weg in die Zukunft. Das wurde bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein erkannt. Wäre es anders gewesen, dann hätten die sozialistischen Kandidaten nicht eine so ungeheure Zahl von Stimmen auf sich vereinigen können. Nicht etwa nur die sozialistische Organisation der Gewerkschaften hat diesmal gesteuert, sondern mindestens ebenso bedeutend für den Erfolg der Partei war das sozialistische Programm und die sozialistische Idee.

Auf dem rechten Flügel oder besser gesagt in der Mitte der Reihen der neuen Abgeordneten steht die Gruppe des jetzigen Außenministers Lerro, die nicht ganz so stark aus den Wahlen hervorgeht, wie die Sozialisten. Die Presse feiert Lerro bereits als den kommenden Ministerpräsidenten, den Mann des Ausgleichs, der in der Lage sein soll, sowohl mit der Rechten Alcalá Zamoras und Miguel Maura zu regieren als auch mit der Linken, mit den Radikalen und den Sozialisten. Vielleicht aber ist diese Rechnung falsch.

Noch steht das Ergebnis des ersten Wahlnachmittags nicht endgültig fest. Aber es läßt sich heute schon sagen, daß eine Mehrheit der ausgesprochenen Rechten und der Mitte kaum möglich ist. Lerro's Partei dürfte rund 100 Sitze erhalten. Die Gruppe Alcalá Zamoras will es auf 50 Sitze bringen. Ebenfalls werden voraussichtlich alle anderen Rechtsgruppen und Gruppen auf sich vereinigen. Das ergibt 200 Abgeordnete. Demgegenüber steht die Linke mit der gleichen Mandatszahl. Die Sozialisten dürften rund 120 Sitze für sich buchen. Die Radikalen unter Albaranzos wahrscheinlich 40 bis 50. Rechnet man zu den Mandaten der Sozialisten und Radikalen die der meist sehr links stehenden Katalanen hinzu, so ergeben sich für die Linke ebenfalls etwa 200 Sitze.

Danach bilden die Anhänger des Kriegsministers Azana die republikanische Aktion, die selbst nur mit etwa 30 Mann in das Parlament einziehen wird, aber sicherlich durch andere kleine Gruppen noch eine Verstärkung auf 40 bis 50 Mann erhält, das Jünglein an der Waage. So stellt sich die parlamentarische Lage so dar, daß eine kleine Linksopposition mit Lerro ohne weiteres möglich ist. Sie würde sich auf einen gewaltigen Block, fast auf eine Dreiviertelmehrheit stützen können, wogegen eine Rechtsopposition nur von der Hand in den Mund zu leben vermöchte.

Die Sozialisten haben für den 10. Juli einen außerordentlichen Parteitag einberufen. Auf diesem wird darüber entschieden werden, ob sich die Partei weiterhin an der Regierung beteiligt oder ob sie bald oder in absehbarer Zeit ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen soll. Die Meinungen sind geteilt, doch dürfte im Augenblick die Ansicht überwiegen, daß es für eine Partei, die einen derartigen Aufschwung genommen hat, wie die spanische Sozialdemokratie unmöglich ist, sich im Augenblick von der Regierung zurückzuziehen. Eine wichtige Rolle wird bei der Entscheidung die Gegnerschaft einiger Sozialistenführer gegen Lerro spielen. Man ist in weitesten Kreisen der Sozialisten nicht geneigt, den heute von der ganzen republikanischen Presse als den größten Staatsmann gepriesenen Lerro als Chef einer Koalitionsregierung anzuerkennen. Es ist zu hoffen, daß sich durch diese Zwistigkeiten und die Personenfrage keine innenpolitischen Komplikationen ergeben. Der Sieg der Linken ist ganz offenkundig. Man muß Spanien wünschen, daß es nun auch die Früchte seiner so disziplinierten Wahlen erntet.

Gemeingefährliche Kommunistenhefte

Köln, 30. Juni. (Eig. Draht.) Eine furchtbare Hehe treiben die Kommunisten zur Zeit unter den Erwerbslosen in Köln.

Infolge hinterhältiger Ueberfälle auf Polizeibeamte hat der sozialdemokratische Polizeipräsident die Polizeibeamten förmlich aufgefordert, in Zukunft mehr als bisher in der Notwehr von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Daraufhin wurden am Dienstag vor den Kölner Arbeitsämtern Zettel mit folgender Aufschrift verteilt: „Nieder mit dem Mörder Bauhnicht und seiner Soldateska! Der feige Arbeitermörder und kapitalistische Zuhälter Bauhnicht erlaubt sich, sich und seine Henkersknechte einen Freibrief zu haben zum Erschießen von hungernden Arbeitern. Proleten! Diese Heffnisse muß beseitigt werden. Rüstet er auf uns aus dem Hinterhalt schießen, schießen wir auch aus dem Hinterhalt. Leben um Leben!“

Es ist einwandfrei erwiesen, daß diese Aufforderung zur Ermordung von Polizeibeamten von Kommunisten ausgeht. Sie ist dringlich in der gleichen Weise herabgesetzt, wie alle vorurteilsgeladenen Flugblätter der Kommunisten und Rotfrontier.

Kommunistenexzesse in Berlin

Ein Polizeibeamter tödlich getroffen

Berlin, 30. Juni. (Eig. Draht.) Am Dienstag Abend kam es in verschiedenen Stadtvierteln von Berlin wiederholt zu Ansammlungen kommunistischer Demonstranten, die zweifelslos planmäßig vorbereitet waren. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Handhieb verletzt und starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Als die alarmierten Polizeibeamten eintrafen, wurden sie mit Steinen beworfen und scharf beschossen. Insgesamt wurden etwa 30 Schüsse abgegeben. Der Führer des Kommandos, ein lediger Polizeiberufsmann, erhielt einen Handhieb, an dessen Folgen er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Erst nachdem die Beamten mehrere Schreckschüsse abgegeben hatten, löste sich die Menge auf. 17 Personen wurden festgenommen.

Die Spartakiade verboten

Berlin, 30. Juni. Der Polizeipräsident hat auf Grund der durch die kommunistischen Ueberfälle neu geschaffene Lage die Spartakiade verboten. Das Verbot wird mit allem Nachdruck durchgeführt werden.

Keine Auflösung des oldenburgischen Landtages

Oldenburg, 30. Juni. In der heutigen Sitzung des oldenburgischen Landtages stand der Auflösungsantrag der Nationalsozialisten zur Erörterung. Es stimmten 25 von 48 Abgeordneten für den Antrag, und zwar die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, ein Landvolksabgeordneter und die drei Kommunisten. Da für die Annahme eines verfassungswidrigen Beschlusses zwei Drittel aller Abgeordneten, also 32 Abgeordnete, notwendig waren, war der Antrag abgelehnt. Der Präsident vertagte dann das Parlament auf unbestimmte Zeit.

Neuwahl der badischen Regierung

Witte mann - Maier - Schmitt - Mattes - Rückert - Heurich

Die Sitzung des Landtags

Habemus papam! Wir haben eine Regierung! Zwar stimmt der lateinische Spruch und die deutsche freie Uebersetzung nicht ganz. Denn wir hatten ja im Lande Baden schon immer eine Regierung. Eine nicht schlechte sogar! Aber, weil nun plötzlich eine Partei das „tiefgefühlte“ Bedürfnis hatte, sich auch verantwortlich an den Regierungsgeschäften zu beteiligen, erfuhr die bisherige Regierung wegen des Hintritts eines einsamen neuen Ministers eine völlige Umwälzung in den Personen. Kleine Urlassen, große Wirkungen!

Diese Neuwahl der Regierung bedeutet ein ungewohnter Vorgang zu einer ungewohnten Zeit. Daß eine Regierung gewählt wird in dem Zeitpunkt, wo der Landtag seine Arbeit beendet hat, ist ein Novum. Bisher war es immer so, daß die Regierung und der Staatspräsident zu Beginn eines neuen Sessionsabschnitts gewählt wurden; gewöhnlich alljährlich im Herbst. Der Hochsommer ist eine ungewöhnliche Zeit! Diese Umstände haben wohl auch das große Interesse bewirkt, das die Öffentlichkeit dem Wahlvorgang entgegenbrachte. Die Tribünen und Logen waren besetzt, wie noch nie. Wer aber eine Sensation erhoffte, kam nicht auf seine Rechnung. Gemächlich, ja für den Zuhörer geradezu langweilig gingen die Wahlen vorstatten. Die bisherigen beiden Regierungsparteien, verstärkt durch die neue Regierungspartei Deutsche Volkspartei, bildeten für die vorgeschlagenen Kandidaten eine kompakte Mehrheit von etwa 55 Stimmen, einige Abgeordnete fehlten, der Abg. Bauer von der Deutschen Volkspartei verließ vor der Abstimmung den Saal. Die Kommunisten stimmten für ihren Führer Bod, den Allverweltstribunen, einige Parteien gaben weiße Zettel ab und die ganz radikalen Spielbürger beteiligten sich überhaupt an keiner Abstimmung! Ohne Störung verliefen die Wahlhandlungen.

Den bewegten Tagen der letzten Wochen folgte nun hoffentlich eine Zeit ruhiger Arbeit. Vielleicht kann man die in diesem ungewohnten Zeitpunkt erfolgte Wahl der Regierung, wie auch die Übernahme des Finanzministeriums durch den Abg. Dr. Mattes insofern betrachten, als nun wohl, wenn das soeben veröffentlichte Gutachten der Sparkommission die Beachtung findet, die es verdient, ein neuer Abschnitt in der politischen und finanziellen Geschichte des Landes beginnt, und es dann sicher von Wert ist, wenn im Spätherbst die großen Beratungen über das Gutachten beginnen und darnach der neue Staatsvoranschlag aufgestellt wird, daß die Regierung bereits eingearbeitet ist und die einzelnen Minister ihre Ressorts völlig beherrschen. Wir wünschen nur, daß die neue Regierung die schwierigen Aufgaben, die ihrer gerade in der nächsten Zeit barren, zum Wohle des badischen Landes erfüllen möge. h. w.

32. Sitzung
h. w. Karlsruhe, 30. Juni 1931.

Präsident Duffner eröffnet gegen 4 Uhr die Sitzung. Das Haus ist nahezu vollständig versammelt. Tribünen und Logen sind voll besetzt. Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen folgte die Erledigung des wichtigsten Gegenstandes der Tagesordnung:

Wahl der Minister und der Staatsräte

Präsident Duffner teilt mit, daß die Minister Witte mann, Dr. Schmitt und Dr. Kemmele ihre Ämter zur Bildung einer neuen Regierung niedergelegt haben. Zur Wahl verliest Abg. Lehleiter (Rom.) eine schlußfertige Erklärung, bei deren Einleitung er bereits eine Ordnungsrufer erhält. — Abg. Köhler (N.S.) meint, die Parteien, die die Regierung heute bilden, würden in keiner Weise mehr das Vertrauen des Volkes besitzen. Auch er bedachte, wie sein Vorredner, besonders die Sozialdemokratie mit einigen freundlichen Randbemerkungen. — Abg. Schmitt (D.N.) verliest ebenfalls eine Erklärung, desgleichen Abg. Bergsdorf (So.B.), Abg. v. Au (Wirtsch.) und Bauernp. und Abg. Hofbein (Dem.). — Das Haus nimmt die Erklärungen zur Kenntnis.

Wahl des Ministers des Innern

Es wurden im ganzen 71 Zettel abgegeben, die Nationalsozialisten und Deutschnationalen beteiligten sich an der Abstimmung nicht. Von den abgegebenen 71 Stimmen entfielen auf den Abg. Maier 54 Stimmen; 12 Zettel waren weiß, 1 Stimme fiel auf den Abg. Reer und 4 Stimmen auf den Abg. Bod.

Zum Innenminister ist somit Abg. Maier (So.) gewählt.

Bei der Wahl zum Justizminister wurde mit 56 Stimmen der bisherige Innenminister Witte mann gewählt.

Zum Minister des Kultus und Unterrichts wurde mit 54 Stimmen der bisherige Finanzminister Dr. Schmitt gewählt.

Die Wahl des Finanzministers fiel auf den Abg. Dr. Mattes, der 53 Stimmen erhielt.

Zu Staatsräten werden die Abg. Rückert (So.) und Abg. Heurich (Str.) gewählt; ersterer erhielt 51, letzterer 52 Stimmen.

Im Anschluß, nachdem die Regierung neu gebildet, erfolgte die

Wahl des Staatspräsidenten

und seines Stellvertreters. Zum Staatspräsidenten wurde Minister Witte mann mit 53 Stimmen, zum Stellvertretenden Staatspräsidenten Innenminister Maier mit 52 Stimmen gewählt.

Da Minister Maier sein Amt als 1. Vizepräsident des Landtags niederlegte, muß auch ein neuer 1. Vizepräsident gewählt werden. Das Haus wählte zu diesem Amt den Abg. Reinhold (So.) mit 49 Stimmen.

Präsident Duffner dankt namens der Mehrheit des Hauses den gewählten Ministern für die Übernahme der Ämter. Unter lebhaftem Beifall des Hauses weist der Präsident den Abg. Böning wegen fleißiger Zwischenrufe an dem Saale. Möge die Erweiterung der Regierung dem Lande zum Segen gereichen. Dem scheidenden Minister Dr. Kemmele spricht der Präsident den Dank für die dem Lande geleisteten Dienste aus. Minister Dr. Kemmele hat in schwerer Zeit sein Amt übernommen. Mit dem vollen Einsatz seiner Persönlichkeit und seines Ansehens hat er oft in kritischen Augenblicken seine Aufgabe erfüllt. Dafür muß ihm Dank gesagt werden. Die besten Wünsche begleiten ihn auf seinem ferneren Wege. — Minister Maier tritt ein schweres, verantwortungsvolles Amt an. Die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit, die wir immer an Minister Maier geschätzt haben, werden ihm in seinem neuen Amte dienlich sein. — Ebenso herzlich begrüßt der Präsident Duffner den neuen Finanzminister Dr. Mattes, den neuen Unterrichts- und Kultusminister Dr. Schmitt und den neuen Justizminister Witte mann und die beiden neuen Staatsräte.

Staatspräsident Witte mann dankt dem Präsidenten für die soeben gesprochenen Worte. Die neue Regierung sei sich bewußt, in welcher schwierigen Verhältnisse sie die Geschäfte übernimmt. Es ist der feste Wille der Regierung, im Rahmen der Verfassung nach Gutes und Recht alles zu tun, um das Land besseren Verhältnissen entgegenzuführen. — Darnach wird gegen 1/2 Uhr die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf 1/2 Uhr festgesetzt.

Um 7 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Zum Aufbruch kommt zunächst ein Bericht des Geschäftsordnungsausschusses betr. die Staatsverfolgung des Abg. Böning wegen Verwehrens gegen die Ver-

ordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Der Ausschuss beantragte, die Immunität des Abg. Böning aufzuheben. Das Haus beschließt demgemäß. Berichterstatter war Abg. Meuth.

Es folgt ein Antrag der liberalen Arbeitsgemeinschaft betr.

Förderung der Ausfuhr von Vieh aus dem Grenzland Baden

Der Antrag fordert, dem Grenzland Baden sollten seitens des Reichs größere Mittel als bisher zur Förderung der Ausfuhr von Vieh zur Verfügung gestellt werden. Der Haushaltungsabg. beantragt, dem Antrag zuzustimmen. — Abg. Dr. Walder (D.N.) begründet kurz den Antrag, dem dann ohne Debatte zugestimmt wird. Es folgen Gesänge. Die Gemeinde Königsbach verlangt eine Zu-

wendung aus dem Westfälischen Fonds für Entwässerung und Weidewirtschaftsarbeiten. Der Ausschubberichterstatter Dr. Walder beantragt, das Gesuch durch die Regierungsbekanntmachung für erledigt zu erklären; das Haus beschließt so.

Weiter berichtet Abg. Dr. Walder über ein Gesuch des Landesverbandes Baden des Deutschen Vereins für Vermessungswesen betr. Entlastung von Vermessungsassessoren und Geometern aus dem Staatsdienst. Der Antrag geht dahin, das Gesuch der Regierung in dem Sinne empfehlend zu übermitteln, daß geprüft wird, ob die Assessoren, denen gekündigt ist, nicht weiterhin beschäftigt werden können. — Dieser Antrag wird angenommen. — Die Tagesordnung ist damit erledigt. — Der Präsident teilt nach verlesener Tagesordnung in der Besetzung der Ausschüsse mit. — Die Sommerarbeiten des Landtags sind damit beendet. Der Präsident schlägt als nächste Sitzung den Anfang September vor. Das Haus stimmt dem Vorschlag zu. Schluß der Sitzung gegen 1/2 Uhr.

Sparsamkeit in Baden

Das Gutachten der Sparkommission

Bekanntlich hatte das badische Staatsministerium im Januar letzten Jahres eine Sparkommission für das Land Baden ernannt, der die Aufgabe gestellt war, an Hand der Reichsfinanzstatistik zu prüfen, auf welche Ursachen es zurückzuführen ist, daß die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Baden höher sind wie die des Nachbarlandes Württemberg, und welche Sparmaßnahmen organisatorischer wie personeller Art zur Verringerung etwa bestehender unbegründeter Mehrausgaben gemacht werden können. Das Gutachten dieser Sparkommission liegt nun nach 1/2jähriger Arbeit vor, wurde gestern im Landtag verlesen und ist nun der Öffentlichkeit übergeben.

Das Gutachten ist ein umfangreicher Band von 186 Druckseiten. In 4 Abschnitten sind in 7 Gutachten die Auffassungen und Vorschläge der Sparkommission zusammengefaßt. Das erste Gutachten betrifft die Volksvertretung, das zweite Gutachten das Staatsministerium, das dritte den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, es werden in 4 Unterabschnitten die Vorschläge zur Verwaltungsreform, zur Geschäftsvereinfachung usw. behandelt, dann folgt das Gutachten zur Justizverwaltung, das Gutachten für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts, das Gutachten zum Rechnungshof und endlich das Gutachten zur Finanzverwaltung. In zahlreichen Unterabschnitten werden die einzelnen, vielgestaltigen Sorten der vorliegenden Ministerien behandelt.

Mit zu dem interessantesten und beachtenswertesten Teil des Gutachtens dürfte wohl gleich der erste Abschnitt gehören, das

Gutachten über die Volksvertretung

Zunächst wird in einer Gegenüberstellung der Aufwand persönlicher und sachlicher Art für den badischen und den württembergischen Landtag aufgeführt. Danach betrug im badischen Landtag der persönliche Aufwand 143 600 M., im württembergischen Landtag 145 140 M., der sachliche Aufwand in Baden 557 790 M., in Württemberg 675 400 M., so daß der Zuschußbedarf in Baden 695 800 M. beträgt, in Württemberg 713 540 M. Es folgt eine vergleichsweise Gegenüberstellung der Landtagsbeamten in beiden Ländern. Und dann macht die Sparkommission folgende

Ersparnisvorschläge

Die Aufwandsentschädigung für Abgeordnete, deren Wohnort nicht weiter als 35 Kilometer von Karlsruhe entfernt liegt, sollte auf den Satz ermäßigt werden, der für die in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten gilt. Ebenso wäre die Entschädigung für Beamten-Abgeordnete, die während der Zeit ihrer Inanspruchnahme durch den Landtag ihr volles Gehalt weiter beziehen, anemessen zu ermäßigen. Beide Vorschläge entsprechen den Anforderungen der Billigkeit.

In Württemberg sind die planmäßigen Stenographen teilweise verpflichtet, an staatlichen Schulen ohne jede besondere Gegenleistung Stenographieunterricht zu erteilen. Es sollte geprüft werden, ob sich nicht in Baden dieselbe Einrichtung schaffen ließe. Auch sollte es möglich gemacht werden, die Stenographen zu stenographischen Aufnahmen größerer wichtiger Tagungen oder Konferenzen in den Ministerien oder besondere Vergütung herauszugeben. Weiter ist angesetzt worden, die Verwaltungsinspektorenstelle 4 a durch eine Oberkreisdirektorenstelle 4 b zu ersetzen.

§ 25 der badischen Verfassung vom 21. März 1910 bestimmt im Gegensatz zu Württemberg, wo nach Artikel 15 des Landtagswahlgesetzes vom 4. April 1924 der Landtag sich aus 80 Abgeordneten zusammensetzt, daß nach dem so genannten automatischen Verfahren auf je 10 000 der bei der Landtagswahl abgegebenen Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Bei der letzten Landtagswahl führte dieses Verfahren zu einer Zahl von 88 Abgeordneten. Diese Zahl ist im Verhältnis zur Größe des Landes Baden und zu seinem insbesondere gegenüber der Vorkriegszeit erheblich geminderten Aufgabenskreis überreichlich. Eine

Verminderung der Zahl der Abgeordneten

erscheint nicht nur erträglich, sondern auch als das einzige Mittel, um bei der Volksvertretung eine nennenswerte Erparnis zu erzielen. Es dürfte durchaus genügen, wenn auf 20 000 Stimmen ein Abgeordneter entfiel. Dadurch würde sich die Zahl der Abgeordneten etwa um die Hälfte vermindern. Allenfalls dürfte es auch genügen, die Abgeordnetenzahl auf 60 zu ermäßigen. Auch wäre es zweckmäßig, ähnlich wie in Württemberg zu bestimmen, daß der Landtag sich aus einer ein für allemal feststehenden Zahl von Abgeordneten zusammensetzt. Hand in Hand mit dieser Verringerung der Abgeordnetenzahl hätte dann auch eine entsprechende Verringerung der Ausschüsse zu geben.

Zu diesem Zweck müßte der § 25 der badischen Verfassung entsprechend geändert werden. Diese Änderung kann aber nach § 23 Absatz 1 der Verfassung nur im Wege der

Volksabstimmung

herbeigeführt werden. Das gibt Anlaß zur Prüfung, ob nicht bei dieser Bestimmungen der Verfassung eine Verringerung notwendig und vertretbar ist. Die Prüfung wird zu einem befriedigenden Ergebnis kommen müssen. Die Erfahrungen seit der Schaffung der neuen badischen Verfassung haben bewiesen, daß die Bestimmung in § 23 Absatz 1 der Verfassung sich als eine

Ueberbetonung der Stabilität der Verfassung

zum ausgesprochenen Nachteil ihrer Anpassungsfähigkeit darstellt. Baden ist mit dessen das einzige deutsche Land, bei dem der über-

zeitliche Gedanke der verfassunggebenden Gewalt des Volkes in dieser extremsten Form Eingang in die Verfassung selbst gefunden hat. Für Hessen gilt hierbei noch die Einschränkung, daß zur Verfassung der Verfassung statt der Volksabstimmung auch ein Landtagsbescheid mit acht Zehntel Mehrheit genügt. Die Weimarer Verfassung läßt Verfassungsänderungen mit zwei Drittel Mehrheit bei Abwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten zu (Artikel 76 N.D.). Dem Beispiel der Weimarer Verfassung sind sämtliche deutsche Länder mit Ausnahme Badens und Hessens im wesentlichen gefolgt. Die durchaus wünschenswerte Stabilität der Verfassung dürfte durch das Verlangen einer qualifizierten Abstimmungsmehrheit nicht in den anderen Ländern auch in Baden genügend gewährleistet sein, während andererseits auf diesem Wege die notwendige Anpassungsfähigkeit der Verfassung in beträchtlichem Umfang gehoben würde. Erfahrungsgemäß hat gerade die Bestimmung in § 23 Absatz 1 der Verfassung, die für Verfassungsänderungen das komplizierte und umständliche Volksabstimmungsverfahren vorschreibt, verhindert, diejenigen Bestimmungen der badischen Verfassung, die durch die Reichsverfassung derogiert, geändert oder inhaltlos geworden sind, dem jetzigen Rechtszustand anzupassen. Demzufolge stellt die badische Regierung heute einen Vorstoß dar, dessen Bestimmungen zum Teil zweifellos unzulässig oder überflüssig sind, während bei anderen die Gültigkeit zweifelhaft sein kann.

Es ist daher durchaus erwägenswert und tragbar, durch eine etwa mit der nächsten Landtagswahl zu verbindende Volksabstimmung zunächst den § 23 Absatz 1 der badischen Verfassung entsprechend dem Vorbild der Weimarer Verfassung dahin zu ändern, daß die badische Verfassung im Wege der Gesetzesänderung geändert werden kann, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags anwesend sind und mindestens zwei Drittel der Anwesenden ihre Zustimmung erteilen.

Nach Verheißung dieser Verringerung könnte dann daran gegangen werden, die badische Verfassung mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen und dabei auch Bestimmungen zu ändern, die sich nach den Erfahrungen der elf Jahre seit Inkrafttreten der badischen Verfassung zweifelhaft sind, zu denen den praktischen Bedürfnissen angepaßt werden müssen. Auf diesem Wege wäre dann auch in der oben angeführten Weise die aus sachlichen Gründen, insbesondere zu Erparniszwecken, dringend notwendige Verminderung der Ueberzahl der badischen Landtagsabgeordneten herbeizuführen.

Allgemeines aus dem Spargutachten

Im Allgemeinen behält das Gutachten unter Hinweis auf die außerordentliche Belastung der Staatskasse durch die Rückgehälter und Hinterbliebenenversorgung mit rund 25 Millionen Reichsmark für alle Ministerien die Notwendigkeit hervor, auf eine Verminderung des persönlichen Aufwandes hinzuwirken. Dieser Aufwand könnte nach ihrer Ansicht dadurch erheblich vermindert werden, daß die Verwaltung sich künftig mehr als bisher darauf beschränken würde, nur die mit eigentlichen Hoheitsaufgaben des Staates belasteten Arbeitskräfte im Beamtenverhältnis anzustellen.

Staatsministerium

wird gefordert, daß dem Charakter der Zeit entsprechend auch künftig auf dem Gebiete der repräsentativen Ausgaben mögliche Zurückhaltung geübt werden müsse.

Vertretung Badens bei der Reichsregierung

wird u. a. die Herabsetzung der Aufwandsgehälter vorgeschlagen und zwar die des Generalen von 15 000 RM. auf 8000 RM., höchstens 10 000 RM., und die der übrigen Beurlaubten auf 3000 bis 2000 RM.; in entsprechendem Maße auch die Aufwandsgehälter der sonstigen Beamten. Die dem Generalen gewährten Vergütungen für den Personentransport und die Haltung eines Dienstboten sind zu streichen.

Eingehend beschäftigt sich das Spargutachten mit der Frage der Verwaltungsreform

Die Kommission schlägt eine durchgreifende Verringerung unserer Verwaltungsorganisation vor, so die Bildung von Amtsbezirken an Stelle der Amtsbezirke, denen die Aufgaben, die bisher von den elf badischen Kreisen, den Bezirksfürsorgeverbänden und den Wohnungsverbänden erfüllt worden sind, übertragen werden sollen. Um lebensfähige Körperlichkeiten zu erhalten, muß die Zahl der Amtsbezirke erheblich vermindert werden. Höchstens 27 Amtsbezirke hält die Sparkommission für vertretbar. Die Sparkommission schlägt für den Fall der Verbindung der Amtsbezirke mit der Selbstverwaltung eine Neueinteilung mit folgenden Amtsbezirken vor: Tauberhofsheim, Büdingen, Mosbach, Mannheim, Heidelberg, Sinsheim, Bruchsal, Karlsruhe, Forstheim, Rastatt, Bühl, Offenburg, Kehl, Wolfach, Laub, Emmendingen, Freiburg, Neustadt, Müllheim, Lärach, Schopfheim, Wiltmann, Donaueschingen, Stodach, Ueberlingen, Konstanz und Waldsee. Von den Städten sollen nur die fünf größten, nämlich Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Pforzheim und Heidelberg nicht in die Amtsbezirke einbezogen werden. Im übrigen ist die Einbeziehung der Städte bedingt, um den Ausgleich zwischen Stadt und Land herbeizuführen und die Amtsbezirkkörperlichkeiten leistungsfähig zu gestalten.

Bezirksräte

sind nach Auffassung der Sparkommission zu groß. In der Spitze der Verwaltung der Amtsbezirkkörperlichkeit soll der Landrat stehen. Die

Kommission ist gegen die Uebertragung der gebobenen Fürsorge an die Gemeinden. Zur Verwaltung des Landesfürsorgewesens ist eine Landesfürsorgebehörde mit einem staatlichen Vorsitzenden zu bestellen.

Bei einer Änderung der Gemeindeordnung, die die Regierung in nächster Zeit wohl vorschlagen wird, werde auch die Frage zu prüfen sein, ob sich die

empfehlen. Die Vereinigung gleichartiger benachbarter Gemeinden zu einer Gemeinde sollte mehr wie bisher angestrebt werden. Zielsetzung könnte nach württembergischem Vorbild die Wahl eines gemeindefürsorglichen Bürgermeisters durch mehrere benachbarte Gemeinden oder die Errichtung einer Bürgermeisterei durch sie in unserer Gemeindeordnung vorsehen werden.

Das Gutachten schlägt dann eine Reihe von Wegen zur Geschäftsvereinfachung vor. So soll entbehrliche Verleghaltungen künftig wegfallen. Weiter sollen eine Reihe von Zuständigkeiten das Reich und an die Gemeinden verweisen werden.

übermäßigen Verlängerung der Urlaube. Freisetzung der Urlaubsdauer für dringend erforderlich. Die Notariate müssen in ihrer Zahl herabgesetzt werden. Auch ihre Besetzung bedarf einer durchgreifenden Reorganisation.

Zusammenfassend schlägt die Kommission für die Justizverwaltung die Aufhebung des Landgerichts Heilbronn vor. Das Landgericht Waldsuhl soll dem Landgericht Freiburg zugewiesen werden.

Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

gehobene Amtsgerichte befaßt sich hinsichtlich des persönlichen Aufwandes auf rund 40 000 M. Im Geschäftsbereich des

Ministeriums des Kultus und Unterrichts wird für das Rechnungsjahr durch eine neue Personaleinteilung eine Ersparnis von 90 000 M. errechnet. Bei der Bezirksaufsicht wird die Gesamterparnis durch Umstellung im Personalkörper auf rund 80 000 M. errechnet. Die Tatsache, daß der persönliche Aufwand für die Volks-, Fortbildungs- und Mittelschulen in Baden um rund vier Millionen höher als in Württemberg ist, führt nach eingehender Darlegung der Verhältnisse auf diesem Gebiete zu dem Gesamterparnisvorschlag von rund 3,55 Millionen Mark. Dabei wird zunächst ein

Abbau von 500 Lehrstellen vorgeschlagen. Bei den Handels- und Gewerbeschulen besteht die Möglichkeit, 800 000 M. einzusparen. Generell steht die Kommission bei den höheren Schulen auf dem Standpunkt, daß Schulen, die nicht ausreichend besucht sind, aufzuheben sind. Es wird die organische Verbindung von Knabenschulen mit Mädchenrealschulen vorgeschlagen. Die Gesamterparnis bei den höheren Schulen beläuft sich nach den Vorschlägen der Kommission auf rund 1 Million Mark.

Was die Lehrerbildungsanstalten betrifft, so werden umfangreiche Ersparnisse durch Einschränkungen im Personaletat vorgeschlagen. Das gleiche gilt auch für den Personalaufwand auf den badischen Universitäten. Hier wird besonders auf die erheblichen Nebeneinnahmen hingewiesen, die ein Teil der Dozenten erhalten. Durch Kürzungen an den Gehältern für die Lehrkräfte werden mindestens 160 000 M. Ersparnisse vorgeschlagen. Durch eine Uebertragung der Zuteilung des Anteils der Unterrichtselder an den Staat wird eine Mehreinnahme für die Staatskasse von 100 000 bis 200 000 M. angenommen. Die Kommission ist weiter der Ansicht, daß die Zahl der Lehrkräfte an den beiden badischen Universitäten zu groß ist. Kritik wird an den erheblichen Bezügen in der sogenannten Altpfennigzeit. Bei den Tariflöhnen an den Universitäten können rund 50 000 bis 90 000 M. gespart werden. Für die Techn. Hochschule Karlsruhe können nach den Vorschlägen der Sparrkommission 170 000 M. gespart werden. Der Abchnitt Theater- und Konzerte kann durch erhebliche Kürzungen am Personaletat vermindert werden. Das Gleiche gilt für das Generallandesarchiv, die Landesbibliothek, die Museen und wissenschaftlichen Behörden. Beim Rechnungsabgrenzung sind nach Ansicht der Kommission etwa 30 000 M. einzusparen.

Bei der Finanzverwaltung wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Zahl der Referate beim Finanzministerium vermindert werden kann. Das Hochbauwesen könnte im Finanzministerium konzentriert werden und zwar nach württembergischem Vorbild.

Schließlich beschäftigt sich das Gutachten noch eingehend mit Ersparnisvorschlägen auf den Gebieten der Domänenverwaltung. Es bringt eingehende Vorschläge für die Ausgaben- und Einnahmewirtschaft, nimmt Stellung zu der Geschäftsführung in der Berg- und Salinenverwaltung, der Wasser- und Straßenbaudirektion u. a. m. Endlich wird festgestellt, daß bei der Abkürzung des Hinterschiedsvertrages ein Betrag von rund 25 Millionen Reichsmark durch die Staatskasse eine außerordentliche Belastung darstellt. Eine Verminderung des persönlichen Aufwandes in diesen Verwaltungen wird als zweckmäßig angesehen.

Dieser Aussatz aus dem Gutachten der Sparrkommission über die badische Staatsverwaltung versucht selbstverständlich nur in groben Umrissen ein Bild von den zahlreichen Vorschlägen zu geben, die in dem Gutachten enthalten sind und die im Wesentlichen alle Gebiete der Staatsverwaltung und ihrer Nebenbetriebe umfassen.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Die Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Pläne in Betracht. Weilsheim, Eberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden.

Gewerkschaftliches

Gewerkschaftsappell zur Arbeitszeitverkürzung

Die Verhandlungen zur Verkürzung der Arbeitszeit haben bis jetzt einen wenig befriedigenden Verlauf genommen. Umso beachtenswerter ist unter diesen Umständen ein Appell der Gewerkschaftszeitung an die Regierung in der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Das Organ des ADGB bringt in seiner neuesten Nummer einen Artikel über Notverordnung und Arbeitszeit. Er schließt nach der bemerkenswerten Feststellung, daß seit geraumer Zeit mehr oder weniger stark kurzarbeitende Betriebe mit voll oder über 48 Stunden hinaus arbeitenden Betrieben konkurrieren, ohne dabei zugrunde zu gehen, mit folgenden Worten:

Wir müssen, um es noch einmal mit aller Energie zu betonen, von der Regierung verlangen, daß sie die in der Notverordnung gegebene Möglichkeit bis zum letzten ausschöpft. Darüber hinaus aber wird es die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung bleiben, unentwegt auf die weitere gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken. Die Notverordnung erreicht dieses Ziel nicht. Ihre Bestimmungen über die Arbeitszeit stellen nicht die Erfüllung der Forderung der Gewerkschaften nach der Vierzigstundenvoelue dar. Sie sind nur ein blasser Schatten des großzügigen Angebots der Arbeitnehmererschaft, durch Verkürzung der Arbeitszeit in den Betrieben Raum zu schaffen für die arbeitslosen Kameraden. Also muß eine andere Arbeitszeitregelung an ihre Stelle treten.

Allem Anschein nach will die Regierung die Arbeitszeitverkürzung nun einfach den Tarifverhandlungen überlassen. Wenigstens muß man das aus Andeutungen christlicher Presseorgane schließen, in denen betont wird, daß es leichter sei, die mit einer Arbeitszeitverkürzung verbundenen Lohn- und Einstellungsfragen im Zusammenhang mit schwebenden Tarifverhandlungen zu regeln, als durch eine Verordnung in bestehende Tarifverträge einzugreifen. Vorerst werde es wohl nur in den Gewerben, die vor dem Neuausschluß von Tarifverträgen stehen, im Rahmen der Verhandlungen auch zu Vereinbarungen über eine Arbeitszeitverkürzung kommen. Das treffe z. B. für die Metallindustrie Nordwest zu. — Warum hat man dann nicht schon beim Lohnabbau die Arbeitszeitverkürzung miteinbezogen?

Arbeitszeitverkürzungsverhandlungen als sauler Zauber

Die im Reichsfinanzministerium zwischen den Angestellten-Gewerkschaften und den Vertretern der Reichsverwaltung, der Reichsbahn und der Reichsbank stattgefundenen neuen Verhandlungen über die Einführung der 48stündigen Arbeitswoche für Behördenangestellte brachten kein Ergebnis. Die Gewerkschaften beharrten bei ihrer bisherigen Forderung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht für die Angestellten allein (also ohne Beamte) eintreten dürfe. Die in Verbindung mit der Arbeitszeitverkürzung geplante Gehaltsverminderung werde abgelehnt.

Der Vertreter der Reichsverwaltung erklärte darauf, daß unter diesen Umständen die angestrebte tarifliche Vereinbarung nicht zustandekommen könne. Die Reichsregierung werde im Wege der Verordnung die Arbeitszeitverkürzung nicht festsetzen.

Auf eine Frage des Vertreters des Zentralverbandes der Angestellten, wie es mit der Einführung der 48stündigen Arbeitszeit in den Verwaltungen und Betrieben des Reiches stehe, erwiderte der Vertreter des Reichsfinanzministers, daß auch daran nicht zu denken sei, weil es der Reichsverwaltung an den erforderlichen Mitteln fehle.

Die Arbeitszeitverkürzungsverhandlungen sind, soweit die Arbeitgeber und die Regierung in Frage kommen, nichts anderes als sauler Zauber.

Abchluß des Verbandstages der Maler

Der Breslauer Verbandstag der Maler beschäftigte sich an den beiden letzten Verhandlungstagen mit den Unfallgefahren und mit den Anträgen zur Änderung der Satzungen. Der Arbeitsinspektorenrat des ADGB, Robert Sachs, beleuchtete die neuen Aufgaben der Maler zur Sicherung von Leben und Gesundheit in ihrem Beruf. Zur Zeit erfolgt ein Umbau der gesamten Unfall- und Krankenerkennungsorgane. Bei der Beratung der neuen Fassung ist von gewerkschaftlicher Seite besonders auf eine aktive Mitarbeit der Arbeiterchaft am Kampf gegen die Unfallgefahren Wert gelegt worden, und nach langen Verhandlungen wurde erreicht, daß die Betriebsverwaltung künftig bei der Abwehr der Berufsgenossen einhalten wird. Pflicht des Betriebsrates wird es künftig sein, an der fortlaufenden Ueberwachung der Betriebe teilzunehmen. Vor allem müssen die Leiter der Jugendabteilungen sich um die Auffklärung der jüngeren Elemente der Belegschaft bemühen. Der Kampf um den Arbeiterschutz muß auf der Arbeitsebene selbst aufgenommen werden.

Die Aussprache brachte wertvolle Mitteilungen und Anregungen. Der Inhalt der neuen Betriebsverordnung, so betonte Schwaabe vom Hauptvorstand, sei noch sehr ungenügend, da ihr Hauptteil eigentlich nur für die Industrie in Frage komme. Besonders bedauerlich sei, daß die neue Verordnung nicht das Betriebsarztverfahren verboten habe; dann die größte Gefahr entstände aus der Einmischung von verschiedenen Delegierten, wie Stahlbaum-Dresder und Klitzner-Breslau wurde auf die schweren Erfahrungen durch Terpentingehalthe hingewiesen.

Bei der Beratung der Vorschläge zur Änderung der Satzungen spielte der Widerstreit zwischen der notwendigen finanziellen Stärkung des Verbandes und der ebenso notwendigen Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung die Hauptrolle. Der Verbandsbeitrag richtete sich bisher im allgemeinen nach den in den einzelnen Orten bestehenden tariflichen Stundenlöhnen für Geübten über 20 Jahre. An diesem Grundjah wurde festgehalten. Alle Anträge auf Herabsetzung der Beiträge wurden abgelehnt, da bereits als Folge des Abzuges des Lohnabbaues eine Beitragsminderung eingetreten ist. Das wichtigste Ergebnis der Beschlüsse zur Frage der Erwerbslosenunterstützung ist eine Kürzung der Sätze um 5 Pfennig pro Tag, wofür als Ausgleich eine Verlängerung der Unterstützungsdauer von 20, 30, 40, 50 Tagen um je weitere 5 Tage festgelegt wurde. Künftig erhält jedes Mitglied im Rahmen der Streikunterstützung für seine Frau einen Zuschlag von 30 Pfennigen pro Tag. Das Eintrittsgeld wurde für männliche Kollegen wieder auf 1 Mark festgelegt; davon erhält die Hauptkassse 80 Pfennig. Für weibliche Kollegen beträgt es in Zukunft 50 Pfennig, wovon 40 Pfennig an die Hauptkassse gehen. Beihilfen sind vom Beitrag befreit.

Die Frage des Zusammenchlusses mit dem Bauwerksbund wurde angesichts der Unklarheit der gegenwärtigen Verhältnisse zurückgestellt. Der Verbandsvorstand wurde fast einstimmig — wiederumwählt. Bach und Mark scheiden wegen Krankheit und Alter aus dem Verbandsdienst aus.

Die Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Schiedspruch für den hiesigen Steinkohlenbau sind ergebnislos verlaufen. Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin den Schiedspruch für verbindlich erklärt. Der Schiedspruch besagt: Die ortsübliche Lohnregelung bleibt ohne zeitliche Unterbrechung über den 30. Juni hinaus in Kraft. Sie ist erstmalig am 1. zum 30. September kündbar. Erfolgt dann keine Kündigung, so läuft sie drei Monate mit einmonatiger Kündigungsfrist weiter.

Schlägerei an Münchener Universität

Nazistudenten wollen Universitätskandal

München, 30. Juni. (Eig. Drabt.) Infolge neuer Skandalisierungen der nationalsozialistischen Studenten, die zu schweren Gewalttaten und zu Blutvergießen führten, wurde die Münchener Universität am Dienstag vormittag bis auf weiteres geschlossen.

Die Vorlesung des Professors Nawiakits über Völkerecht von 12 bis 13 Uhr war wiederum überfüllt, obgleich von den Saalbesuchern nur Angehörige der juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultät zugelassen waren. Rund 400 Studenten empfinden den Professor mit stürmischem Beifall und minutenlangem Händeklatschen. Nawiakits dankte mit den Worten, die Kundgebung beweise ihm, daß man an den deutschen Studenten noch nicht zu verzweifeln brauche. Daraufhin forderte er diejenigen, die nicht bei ihm besetzt hatten auf, den Hörsaal zu verlassen. Der Aufforderung wurde ohne Störung Folge geleistet.

Inzwischen hatte sich aber auf dem Gang vor dem Hörsaal eine größere Anzahl von Nazi-Studenten angesammelt, die das Hörsaalbesetzungsrecht und das Deutschlandlied zu brüllen begannen. Dann setzten sie mit dem Sprechchor ein: „Seil Hitler, Judas verreck! Daut Nawiakits, Rasche.“

Dubendiese fielen die Nazis über andere gesinnung Studenten her und schlugen sie zum Teil blutig. Endlich ergriffen der Rektor mit einigen Universitätsbeamten, die sich aber vollkommen passiv verhielten. Immerhin ließ sich der Rektor bewegen, die Polizei zu Hilfe zu rufen, die bei ihrem Erscheinen von vielen empörten Studenten mit Händeklatschen begrüßt wurde und sofort mit Gummiknüppeln und blanker Waffe die Gänge vor dem Hörsaal räumte.

Verdrehungsgemäß sammelten sich die Nazi-Studenten dann im Atrium der Universität, wo einer von ihnen eine Ansprache hielt. Von den oberen Stockwerken wurden Handzettel, unterschrieben vom nationalsozialistischen Studentenbund, herabgeworfen, die die Auf-

forderung zu einer Kundgebung gegen den Verfall der Vertrag enthielten. Bald räumte die Polizei auch den Atrium und drängte die Demonstranten auf die Straße, die vollkommen abgeriegelt wurde. Ein formierter Zug der Salafkreuzer wurde sofort aufgestellt, ein Teil der Studenten verhaftet. Inzwischen hatte der Rektor die Universität sperren lassen und die Schließung auf unbestimmte Zeit verfügt.

Unter den Verhafteten befinden sich viele Angehörige der von Hitler besonders verehrten Technischen Hochschule, sowie mehrere Nazistudenten. Dies und eine Reihe anderer Tatsachen liefern den schlagendsten Beweis, daß der Stund und die Gewalttätigkeiten planmäßig von nationalsozialistischen Studenten organisiert waren.

Nationalsozialistische Demonstration vor der Hamburger Universität

Hamburg, 30. Juni. Zu dem Verbot der studentischen Kundgebungen durch die Hamburgischen Universitätsbehörden bezichtigten die Wähler, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit um eine nationalsozialistische Demonstration gehandelt hat. Das geht aus dem Verbot der Studentenschaft klar hervor. Als der Rektor, Prof. Dr. Brauer, aus dem Hause getreten sei, um die Demonstranten zu beruhigen, habe man von der Balustrade eine große Fahnenkreuzfahne herabgelassen. Eine SA-Abteilung, die der sich keine Studierenden befinden, soll durch ihr Geschrei Prof. Dr. Brauer am Sprechen gehindert haben, bis sich schließlich selbst die nationalsozialistischen Studenten gegen das Auftreten ihrer Parteigenossen wandten. Zu ersteren Zwischenfällen ist es nach dem Verbot der Kundgebungen, das, wie erwähnt, nur für eine Veranstaltung auf dem Gelände der Universität selbst gilt, nicht gekommen.

Letzte Nachrichten

Klage Bayerns gegen Reich abgewiesen

München, 30. Juni. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat die Klage Bayerns abgewiesen, die dahin ging, daß das Reich einer gewissen Zuschuß zum Bau von Kleinbahnen von mehr als 25 und 37,5 Prozent der Baukosten zu leisten habe.

Erneuerung des Kohlenyndikats

Essen, 30. Juni. (Eig. Drabt.) In letzter Minute ist es gelungen, die Verhandlungen zur Erneuerung des Kohlenyndikats zu einem Erfolge zu führen. Dem neuen Sondervertrage, der bis zum Jahre 1942 läuft, sind bis auf die Niederrheinische Bergwerks-A.G. sämtliche Zechen beigetreten. Der Niederrheinischen Bergwerks-A.G. ist aufgegeben worden, bis zum Donnerstag abend ihren Beitritt zu erklären. Durch die Erneuerung des Syndikats-

vertrags ist die strittige Umlagefrage, d. h. die Finanzierung des deutsch-englischen Konkurrenzkomplexes einem Schiedsgericht zur Entscheidung überlassen.

Mit dem Ergebnis ist der Kohlenkampf im Ruhrgebiet, der bei Ueberfüllung der Kohlenbahnen den Kampf aller gegen alle bedeutet hätte, vermieden worden.

Die Vertretung Bayerns in Berlin

Aus Anlaß der Aufhebung der preussischen Geländschaft in München hat nunmehr die bayerische Regierung den außerordentlichen Geländen und bevollmächtigten Minister Dr. Ritter v. Pöggendorfer von seiner Aufgabe als bayerischer Geländen bei Preußen in Berlin abberufen. In seiner Stellung gegenüber dem Reich ist eine Änderung nicht eingetreten.

Reich Doumeres in der deutschen Volkschaft

Paris, 30. Juni. Die Angabe, daß Präsident Doumer das erste französische Staatsoberhaupt sei, das seit 1914 die deutsche Vorkchaft betreten habe, erweist sich als unrichtig. Im September 1920 hat Präsident Millerand dem inzwischen verstorbenen Vorkschafter Waver einen Besuch gemacht.

Kleine bad. Chronik

Brände

Bettmaringen (Waldshut), 30. Juni. Schadenfeuer. In der vergangenen Nacht brannte die den Gebrüder Julius und Heinrich Eichhorn gebührende Säge aus bisher noch nicht bekannter Ursache vollständig nieder. Der Brandschaden beträgt etwa 32 000 Mark.

Bienheim (Amt Waldshut), 30. Juni. Gestern Abend brannte der etwa 15 Minuten von hier entfernte Sandhof des Landwirts W. Sutter vollständig nieder. Das Vieh konnte mit knapper Not noch gerettet werden, dagegen sind sämtliche Fahrnisse und alle Heuvorräte verbrannt. Der Schaden beläuft sich auf etwa 28 000 M.

Bühl, 30. Juni. Sturz beim Kirchensplüden. Bahnsteigkaffner Gerber stürzte beim Kirchensplüden von der Leiter und mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus verbracht werden.

Kehl, 30. Juni. (Kehl 50 Jahre badische Amtsstadt.) 50 Jahre sind heute verfloßen, daß Großherzog Friedrich I. durch Beschluß seines Staatsministeriums die Verlegung der Bezirksbehörden (Bezirksamt, Amtsgericht, Domänenamt) von Kork nach Kehl angeordnet hat. Die Ueberführung von Bezirksamt und Amtsgericht erfolgte am 31. Oktober 1881, die des Domänenamts am 1. April 1882. Fast 70 Jahre lang hat die damalige Stadt Kehl kämpfen müssen, bis sie endlich die der Bezirksbehörden geworden ist. Kehl kann also im Herbst sein goldenes Jubiläum als Amtsstadt feiern.

Sigmaringen, 30. Juni. Mit dem Motorrad in die Bahnhofsgrube. Beim Bahnhof Thiergarten fuhr am Mittags des Vortages und Paulstages der ledige 27 Jahre alte Schreiner Joseph Grom von Rohrdorf, Amt Neukirch, mit seinem Motorrad an der unübersichtlichen Straßenkurve in die geschlossene Bahnhofsgrube. Er wurde vom Rad geschleudert und erlitt so schwere Verletzungen, daß er am Abend im Krankenhaus starb. Seine Braut wurde auf das Bahngleis geschleudert, doch gelang es ihr sich noch rechtzeitig vor dem faum eine Sekunde später die Straße passierenden Eilzug Sigmaringen-Freiburg zu retten. Sie kam ohne irgend welche Verletzungen davon.

Rohrdorf, Amt Neukirch, 30. Juni. Schwere Sturz in der Scheune. Beim Verladen stürzte die Ehefrau des Landwirts W. Rumpfer vom Heuboden in die Lente und zog sich einen Beckenbruch zu.

Die Kuh im Notariat

In Pfaffenweiler hatte eine Kuh des Metzgermeisters Teufel die teuflische Idee, sich nicht ohne weiteres in ihr Schicksal ergeben. Mit einem Knack machte sie sich von ihrem Besizer frei. Sie wählte den Weg über die „Schwantertreppe“ (was von Geschmack zeugt), rannte ins Notariatsgebäude und ging direkt in die Geschäftsräume. Was sie dort wollte, konnte sie nicht vorbringen,

Der Blitz am Mittwoch

Kinder-Kleidchen
fertig genäht und gezeichnet
1.15
Gr. 50-70 Stück

Damen-Strümpfe
Künstl. Wäscheleide, moderne Farben mit 4-facher Sohle und Spitzferse... Paar
1.30

Berufsmantel
einfarbiger Zeffir mit buntem Kragen und langem Arm
2.25

BURCHARD

weil kein Beamter nach ihrem Begehren frage. Dieses Unschickliche machte sie sehr flug, denn was nicht eine elegante Füllfederlans mit Goldfeder und Iridiumspitze gegen ein Rühhorn? Gar nichts. Gefallen hat der Kuh die Visite im Notariat aber nicht sonderlich, denn sie fand sowohl in den Regalen wie auf den Tischen nichts Frechbares, was sie durch Beledigen einwandfrei feststellte: Papier, nichts als Papier, mal staubig und mal frisch, was das meiste, was sich vorfand; ganz abscheulich schmeckte die Tinte aus dem umgeworfenen Glas, und der Klebstoff war eine ganz sonderbare Angelegenheit zwischen Gummen und Jung. Was die Menschen doch für einen sonderbaren Geschmack haben! Gegen all das war ihr Stall ein heiliger Land, und das Gras war köstlich zu nennen. In Schnelheit bernad sich sie zum Fenster hinaus, worüber die Leute auf der Straße sich entweder entsetzten oder lachten. „Grüß Gott, Herr Notar“, oder so ähnlich hörte sie herausrufen. Was ein billiger Witz ins Antlitz der Kuh war, sie hatte schon bessere gehört, weil der

Notar gar nicht anwesend, sondern auswärts beschäftigt war, und aber stellte sich ein Metzgerbursche ein, nahm die Kuh bei den Ohren und brachte sie ins Freie. Doch wußte die Kuh, was sich in einem guten Hause gehört und ließ deshalb einige ihrer Willensarten in flüchtiger Form zurück. Kaum hatte sie das Freie erreicht, da empfand sie den Metzgerburschen als lästig, machte sich von ihm frei, raste die „Schwantertreppe“ in Schritten hinunter und dachte an nichts anderes als an Freiheit. Beim „Schwanter“ aber erreichte sie doch ihr Gesicht in Gestalt eines handfesten Strides, der ihren Uebermut säubte. Hätte sie vorher die Tinte nicht gelosien, dann hätte sie von vornherein das Ende besser übersehen können. Inzwischen mußte im Notariat eine Putzfrau ihres Amtes walten von wegen der Hinterlassenschaft, „wie eine solche hier noch niemals erreicht worden ist“, hat sie dabei gelacht.

Gemeinderatsbeschlüsse

Berghausen (Sitzung vom 27. Juni)

Ein Schreiben der Handwerkskammer betr. Umlagebeitrag kam zur Kenntnis, desgleichen eine Mitteilung des Bezirksamts über das bei uns am 24. Juni 1931 niedergegangene Hagelwetter. Die Entschädigung des Bezirksamts über die Einführung der Bier- und Bürgersteuer wurde bekannt gegeben. Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben. Die Sachreinigung soll im Submissionsweg an Ausschleuerer vergeben werden und zwar ist die zu reinigende Straße in 5 Lote eingeteilt; die Vergütung dieser Lose soll am Dienstag, den 30. Juni 1931 vorgenommen werden. Die Klüdfälle an die Gemeindefälle vom Jahr 1929 sollen nunmehr durch Beitragsbeiträge bezahlt werden, wegen der Klüdfälle vom Jahr 1930 soll die letzte Mahnung erfolgen. Das Bauen von Döbbaumhäusern soll diese Woche vorgenommen werden. Interessenten wollen sich im Lauf dieser Woche beim Bürgermeister melden, um das nötige Quantum feststellen zu können. Einem Gesuch um Stundung der Hundsteuer wegen Krankheit der Hunde wurde bis zum 15. Juli 1931 stattgegeben.

Töhligen (Sitzung vom 25. Juni)

Von einem Ferrenanlauf um den Betrag von 400 M auf dem Zuchtmarkt in Bretten wird Kenntnis genommen. Schenkungen von zwei Gebäuden zwecks Aufnahme von Hypotheken wurden vorgenommen. Die vorgelegenen Rechnungen in Einnahme bzw. Ausgabe gemeldet. Für drei Ausschleuerer die Lose für einen Monat in Höhe von 10 bzw. 15 M bewilligt. Desgleichen für zwei die Milchrechnung ebenfalls für einen Monat. Von einem Schreiben des Vermessungsamts Karlsruhe wird Kenntnis genommen. Der vorläufige Voranschlag 1931/32 konnte wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr zur Beratung kommen und mußte zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden. Auf Antrag des Gemeinderats Vorberater, wonach die Gemeindefälle ungeschlichtete Gebälter beziehen würden, wurde beschlossen, daß das Bezirksamts zur Prüfung obiger Angelegenheit angerufen werden soll.

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater und Großvater
Christian Erb
Kriegsveteran von 1870/71
heute morgen sanft verschieden ist.
Hagsfeld, Karlsruhe, Feuerbach,
den 1. Juli 1931.

Die trauernden Hinterbliebenen
Die Beerdigung findet Freitag, 3. Juli, abends 5 Uhr, in Hagsfeld, statt.

Rolladen- und Jalousiefabrik
Reparaturen fachgemäß und billigst
Fr. Karl Zimmerle
Karlsruhe
Fernsprecher 350 Gerwigstraße 36

Durlacher Anzeigen

Die städt. Kleinwohnungen an der Bleich- und Eisenbahnstraße sind voraussichtlich am 15. August d. J. bezugsfähig. Die Vergabe der Wohnungen erfolgt durch den Stadtrat im Benehmen mit der Wohnungsfürsorge.

Zu vermieten:
eine schöne große, geräumige und äußerst luftige
Wohnung
im 3. Stock, Volkstr. Nr. 19, bestehend aus: 7 prächtigen Zimmern, einer Küche, Badestimmer usw., 2 großen Balkonen u. 2 Kammern am 1. Oktober evtl. 1. September. Zu erfragen Tel. 7920-7921

Möbl. Zimmer
auf sofort oder später preiswert zu vermieten
Werderstraße 31, III.

Ein ruhiges, freundliches, zweipaarlichtiges Zimmer mit Küche u. Anbehör od. 2 K. Zimmer m. Küche, Glasabfchl. Am liebst. Dillstadt. Offert. unter Nr. 5277 a. d. Volkstr.

Wohnungsgeuch!
2-Zimmerwohnung gef. Preis bis 32 RM. Licht bezugsf. Aug. unt. Nr. 5278 a. d. Volkstr.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Rastatt

Am Samstag, den 4. Juli 1931, 1/2 9 Uhr, findet im unteren Saale (links) des Hotel Kreuz unsere
Haupt-Versammlung
mit Vortrag statt.
Tagesordnung laut Satzungen.
Wir bitten um vollzähliges Erscheinen der aktiven und passiven Kameraden.
Der Vorstand

95%

Ich bin Verkäuferin im Hause Knopf... und bekomme heute mein Gehalt!

Mit mir tausende Arbeitnehmer, die erst jetzt in der Lage sind, die Vorteile der 95-Tage wahrzunehmen, die erfahrungsgemäß nur wenige Tage dauern. Es ist festgestellt, daß dieser Verkauf eine Höchstleistung in der 95-Preistage bedeutet und geeignet wie kein anderer ist, alle Anschaffungen des dringendsten Bedarfs zu ermöglichen.

KNOPF

Sommerkleider Damenmäntel 10% Rabatt
Kostümröcke 3-Bäckfischmäntel
Mk. 5.-

Daniels
Konfektionshaus
Wilhelmstraße 36
1 Treppe
Ratenkaufabkommen

Speisezimmer
Wir haben ein modernes Speisezimmer auf Lager, welches aus Holz aus dem besten Material gefertigt ist, das wir aber bisher nicht verkaufen konnten. Das Büfett hat Zinnenschubladen u. einen modernen Vitrinenaufsatz, die Kredenz ist breit u. geräumig. Wir bieten Ihnen diese Stücke unter unseren Selbstkostenpreis, nämlich
260.- an.
Wenn Sie sich ein Speisezimmer zulegen wollen, dann müssen Sie dieses Modell gesehen haben. Ihr Schlafzimmer nehmen wir in Zahlung.
Möbelhaus Carl Baum & Co.
Erbrinzenstraße 30
Kein Laden.
Ständiges Lager über 100 Zimmer u. Küchen. Teilzahlung.

Möbel
leglicher Art
Die neuesten Modelle / Prachtvolle Formen
Qualitätsware
Lieferung enorm billig
Karl Thome & Co.
Möbelhaus
Karlsruhe, Herrenstraße 23
gerne über der Reichsbank. - Auf Wunsch Teilzahlung. - Glänzende Anerkennungen
Riesig große Auswahl
Besichtigung frei! Besichtigung frei!

Restpartien
an Linoleum und Tapeten
ca. 10000 Stück
Verkauf weit unter Fabrikpreis
Immer der billigste
Fritz Merkel
Tel. 2586 Kreuzstr. 25
Beachten Sie bitte meine Schaufenster-Anlage

Arbeiter! Werbt für eure Zeitung!

Städt. Sparkass. Karlsruh

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß am 1. Juli 1931 der
Hypotheken-Zins
für das zweite Vierteljahr 1931 fällig ist.

Wer nicht Gefahr laufen will, den vertraglich festgesetzten Erhöhungszins und sogar die Kosten eines Zahlungsbefehls tragen zu müssen, sorgt für pünktliche Zahlung.

Auch derjenige, welcher ständige Zahlung aus dem Girokonto abbuchen zu lassen, muß selbst sorgen, daß volle Deckung für den ganzen Betrag rechtzeitig vorhanden ist. Teilzahlungen werden im Hypothekenverkehr nicht angenommen; bei nicht oder nicht genügender Deckung mußte auch hier - im vollen Umlauf - Erhöhungszins und Mahnverfahren angewendet werden.

Es wird bei dieser Gelegenheit wiederholt darauf hingewiesen, daß zu keinem Fälligkeitstermin eine besondere Mahnung ergeht, daß vielmehr jeder Schuldner den fälligen Hypothekenzins pünktlich zu zahlen hat bzw. selbst für volle Deckung auf seinem Girokonto rechtzeitig zu sorgen hat.

Städtisches Sparkassenamt.

Wollen Sie 100 Mark gewinnen?

Dann nennen Sie uns einen schönen Namen für die neue Kinder-Abteilung in der 3. Etage.

Die Polizei berichtet:

Unfälle
Gestern nachmittags wurde eine 65 Jahre alte Frau von hier, die in der Durlacher Allee in der Nähe der Rudolfstraße kurz vor einem fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 2 die Fahrbahn überqueren wollte, von einem Straßenbahnwagen erfasst und tödlich verletzt...

Veranstaltungen
Sonderkonzert im Stadtpark. Um den Wagnervereinigern etwas ganz Besonderes zu bieten, veranstaltet das Philharmonische Orchester unter der Leitung des Herrn Prof. Dr. Gahr morgen Donnerstag im Stadtpark einen Richard-Wagner-Abend...

Daxlanden
35jähriges Stiftungsfest des Arbeitermuffvereins
Einen herrlichen Sommerabend hatte der Verein bei Abhaltung des Stiftungsfestes. Am frühen Sonntagmorgen erinnerte die Kapelle die Einwohner an das Fest. Um 9 Uhr begann das Vertuningspiel von 8 Muffvereinen aus der Umgegend...

Zerreißt das Lügengewebe!

Tiefsehende Erregung durchdringt das werktätige Deutschland. Die Massen sind empört über die neuen Lasten, die von der Regierung Brünning notverordnet wurden. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben Verständnis für die gewaltigen finanziellen Schwierigkeiten, in die Reich, Länder und Gemeinden infolge der größten aller Wirtschaftskrisen, die Deutschland je beunruhigte, geraten sind...

Wahrheit ist

was der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 18. Juni 1931 in seinem Aufruf an das deutsche Volk feststellte: Die Sozialdemokratische Partei hat den Kampf gegen die Notverordnung aufgenommen. Sie will die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse erhalten. Sie fordert, daß ihr sozial ungerichteter Inhalt durch einen gerechteren ersetzt wird.

die Massen haben kein Verständnis dafür, daß die Notverordnung der Reichsregierung zu Ausgabenentzügen und Einnahmevermehrungen schreitet, die den Stimmelschreierndster Ungerechtigkeiten tranen.

Zwischen Worten und Taten der Reichsregierung klafft der tiefste Widerspruch. Die Regierung faßt in einem Begründungsauftrag zur neuen Notverordnung, es müßten alle Volksgenossen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zur Abmilderung der über das Land hereinabgebrochenen Katastrophe beitragen. Jeder nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit! Allein die Bestimmungen der Notverordnung passen zu dieser Proklamtion wie die Faust aufs Auge.

Die Notverordnung Brünings

macht nicht einmal den Versuch, die Lasten nach der Leistungsfähigkeit in gerechter Weise zu verteilen. Sie legt den werktätigen Schichten die schwersten Opfer auf, während gleichzeitig die Besitzenden weitgehend verschont werden.

Die Notverordnung stellt Steuererhöhungen vor, die ganz ungerecht gestaffelt sind und die breiten Massen, die schon bisher den größten Teil der Lasten der Wirtschaftskrise getragen haben, erneut aufs schwerste treffen, während die Besitzkassen selbst in dieser Situation wiederum zum Teil gesenkt wurden.

Die Notverordnung häßt Ungerechtigkeiten auf Ungerechtigkeiten! Darüber gibt es in der deutschen Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften nur eine Meinung.

Es gibt keinen Sozialdemokraten, kein Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Nationalbundes, das die Notverordnung billigt oder gar für sie die Verantwortung trägt und übernimmt!

Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind sich einig in der unbedingten Pflicht, diese Notverordnung zu bekämpfen und in dem dringenden Versuch, ihre sozial gerechte Milderung anzustreben.

Demgemäß haben Partei und Gewerkschaften umgehend gehandelt. Wer das Gegenteil behauptet, begeht

elende Demagogie, Lug und Trug

Diesemigen, die auch jetzt wieder ihr eigenes Unvermögen oder ihren fehlenden Willen, das arbeitende Volk an einem tiefen Abgrund vorbeizuführen, durch hysterisches Geschrei über „neuen Verrat der Sozialdemokratie“ an Sozialismus und dem zum Sozialismus strebenden Massen zu erheben versuchen, sind Demagogen, Lügner und Verleumder.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Heiratungen. 26. Juni: Johann Schmitt, Maschinenarbeiter, Witwer, alt 70 Jahre (Durlach). — 27. Juni: Otto Deib, Schlosser, ledig, alt 34 Jahre. Otto Burkart, Fuhrmann, Chemnitz, alt 34 Jahre (Wörth). Marie Kehler, alt 77 Jahre, Witwe von Benedikt Kehler, Schmiebmehlmüller. — 28. Juni: Katharina, alt 6 Jahre, Vater Otto Wesel, Buchbinder (Wörth). Franz Hermann, Wagenwärter, a. D., Witwer, alt 89 Jahre (Wörth). Hermann, Stadtbaurat, Chemnitz, alt 51 Jahre. Feuerbestattung am 1. Juli, 10.30 Uhr. 29. Juni: Luise Starb, alt 60 Jahre, Ehefrau von Georg Starb, Stuhlmacher. Beerdigung am 2. Juli, 14 Uhr. Max Schab, Schneider, Chemnitz, alt 39 Jahre. Beerdigung am 1. Juli, 15 Uhr.

Letztes Telegramm

Kommt ein neuer Plan Hoovers?

Der Times Korrespondent aus Washington meldet: Aus bester Quelle höre ich, daß Folgendes für den Fall des Zusammenbruchs der Pariser Verhandlungen ernstlich erwogen wird: Es wird geplant den ausdrücklichen Hooversplan zurückzuziehen und das Angebot des Präsidenten jedem der einzelnen Schuldnerländer gegenüber besonders zu wiederholen. Mit anderen Worten: die Vereinigten Staaten würden das Angebot machen, jedes fremde Land von der Rückzahlung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten zu befreien, das als Gegenleistung auf die ihm von Deutschland geschuldeten Reparationszahlungen verzichten würde. Dieser Plan befindet sich noch im Rohentwurf. Und es liegt auf der Hand, daß er sehr ernsthafte finanzielle Komplikationen einschließen würde. Er würde es den Franzosen überlassen, selbst darüber zu entscheiden, ob sie bereit sind, ihn zu akzeptieren ohne in gleicher Weise andere Nationen in Mitleidenschaft zu ziehen wie es der ursprüngliche Plan der Pariser Verhandlungen auf die Wirtschaft und besonders auf den deutschen Kredit zum Mindestens abschwächt. In diesem Maße würde er die Zustimmung der hiesigen Finanzkreise, die umfangreiche Beziehungen zu Deutschland haben, und der Inhaber deutscher Wertpapiere finden. Wenn auch dieser Plan der wichtigste der alternativen Pläne ist, die jetzt erwogen werden, so ist eine endgültige Entscheidung darüber noch nicht erfolgt.

Witz und Humor
Ein mächtiger Mann. Ein Zahnarzt ist einer von den wenigen Männern, der den Frauen sagen kann, wann sie ihren Mund auf- und zumachen sollen.
Der Kleine Schläuberger. „Onkel, kannst du mir vielleicht zehn Pfennige wechseln?“
„Ja, mein Junge, wie möchtest du sie wechseln?“
„Ich hätte sie gerne in — eine Mark gewechselt.“

Veranstaltungen

Mittwoch, 1. Juli:
Städtisches Landestheater: Solome. 20-21.30 Uhr.
Gloria-Palast: Der große Gabbo.
Kammer-Theater: Einbruch ins Vanthaus Reichendach. Das Erlebnis einer Nacht.
Palast-Theater: Der Langhals.
Reichens-Theater: Das Mädchen von der Reeperbahn.
Schauburg: Die heilige Flamme. Landung im Paradies.
Union-Theater: Die Solome.
Kaffee-Ordnung: Eröffnungskonzert „Kapelle Kerefs“.
Gefantien: SPD-Hauptversammlung. 20 Uhr.

Chorleiter Georg Schöpllin. Verantwortlich: Volkst. Prellhaas Baden, Postamt, Aus der Welt, Letzte Nachrichten, ferner i. R.: Gewerkschaftliches, Feuilleton und Aus der Partei: Grünbaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepölitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten, ferner i. R.: Klein: Badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung; Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnstätten in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Gegen Wundlaufen

Wundfeln durch übermäßige Schwweißabsonderung an Füßen und anderen Körperstellen (Wahl, Sonnen- und Gießwasserbrand. Sofort schmerzstillend und heilend wirkend (gelbe Creme (blau Packung) auch als Kosmetikum für Hände u. Gesicht. Tube 60 Pf., u. 1 Bl. in allen Chloroform-Verkaufsstellen zu haben.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der Tiefdruck über dem westlichen Mittelmeergebiet hat durch weitere Zufuhr polarer Luft an Energie gewonnen, während der hohe Druck über der Nord- und Ostsee abgebaut wird. Auch morgen werden wir uns im Bereiche der Luft befinden, die aus dem Nordseehoch nach dem Mittelmeertief strömt.

Voraussetzliche Witterung für Donnerstag, 2. Juli: Vielfach bewölkt und vorwiegend trocken, mäßig warm bei östlichen Winden.

Wasserstand des Rheins

Sten-Basel 175, Gef. 4; Waldshut 360, Gef. 8; Schaffhausen 237, Gef. 9; Rheinf. 379, Gef. 4; Maxau 551, Gef. 6; Mannheim 469, Gef. 15 Zim.

Er inner Devisennotierungen Mittelkurs

Table with 2 columns: Location and Exchange Rate. Includes entries for Amsterdam, London, Paris, etc.

BEI Schlager-Angeboten! UNS

Wir bringen in allen Abteilungen
gebrauchsdankbare Waren – zu Preisen
 die nur durch unsere Einkaufsmacht möglich sind!

Germann TIETZ Karlsruhe

GROSSTER WARENHAUS-KONZERN EUROPAS IM EIGENBESITZ

Café Odeon
 Eröffnungs-Konzert
 der Kapelle
Kertes
 vom Dachgarten
 des Hotel ALHAMBRA, Berlin
 Kurfürstendamm

Christ. Fränkle, Goldschmied
 Karlsruhe, Passage 3390
 empfiehlt goldene Trauringe das Paar von
 12 Mark an. Sportpreise, Pokale, Becher,
 Fahnenkränze zu allerbilligsten Preisen.

Zwangs-Versteigerung.
 Im Zwangswege veräußert das Notariat am
 Donnerstag, den 27. August 1931,
 nachmittags 3 Uhr,
 in seinen Diensträumen in Karlsruhe,
 Kaiserstraße 184, 2. Stod. Zimmer 14,
 das Grundstück des Gesamtguts der über-
 geleiteten Fabriksgemeinschaft zwischen
 Johann Dünn, Riechenermeister, und seiner
 Ehefrau Hietze geborene Croisens-
 thaler auf Gemarkung Karlsruhe.
 Die Nachweise über das Grundstück
 samt Schenkung kann jedermann einsehen.
 Die Versteigerungsanordnung wurde
 am 23. Mai 1931 im Grundbuch ver-
 merkt, Rechte, die zur selben Zeit nicht
 im Grundbuch eingetragen waren, sind
 spätestens in der Versteigerung vor der
 Aufforderung zum Bieten anzumelden
 und bei Widerspruch des Gläubigers
 glaubhaft zu machen; sie werden sonst im
 geringsten Gebot nicht und bei der Er-
 lössverteilung erst nach dem Anspruch des
 Gläubigers und nach den übrigen Rech-
 ten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen
 die Versteigerung hat, muß das Verfah-
 ren vor dem Zuschlag aufheben oder
 einstweilen einstellen lassen, sonst tritt
 für das Recht der Versteigerungserlöses
 an Stelle des veräußerten Gegenstandes.

Grundstückbezeichnung:
 Grundbuch Karlsruhe Band 79, Heft 19;
 Tab. Nr. 1588: 2 a 27 qm Hofstette —
 Säbingerstraße Nr. 64.
 Darauf steht:
 a) ein dreistöckiges Wohnhaus mit Bal-
 kenfeller;
 b) ein zweistöckiger Gang und Stiegen-
 haus links an a);
 c) ein zweistöckiger Seitenbau links nebst
 Kuchenturm mit Balkenfeller, Waganin
 und Wohnung;
 d) ein zweistöckiger Seitenbau rechts,
 Waganin, oben Wohnung.
 Schätzungswert:
 ohne Zubehör 26 000 RM.
 mit Zubehör 26 021 RM.
 Karlsruhe, den 22. Juni 1931.
Notarisches Notariat II
 — als Vollstreckungsgericht —
 In der Zwangsversteigerungssache Wathes-
 meier hinsichtlich des Hauses Eutenstraße 8
 ist der am
 Donnerstag, den 9. Juli 1931
 nachmittags 3 Uhr
 anber anberaumte Versteigerungstermin auf-
 gehoben.
Notarisches Notariat II
 — als Vollstreckungsgericht —

Schuhe zu Fabrikations-Preisen
 kaufen Sie in allerbesten Qualität in meinen Filialen:
Gernsbach, Waldbachstraße 9
Bühl, Ecke Rhein- und Friedrichstraße
Oberkirch, Hauptstraße 36
Kehl, Ecke Haupt- und Karlsruher Straße
J. UTH, Schuhfabrikation, Rastatt, Grün 8
 Eigene Reparaturwerkstatt. — Annahme in allen Filialen

Bekanntmachung
 Die Inhaber der im
 Monat November 1930
 unter Nr. 38136 bis
 unter Nr. 41385 aus-
 gestellten bzw. erneuerten
 Pfandbriefe werden
 hiermit aufgefordert,
 ihre Pfänder bis längst
 8. Juli 1931 auszu-
 lösen oder die Scheine
 bis zu diesem Zeitpunkt
 erneuern zu lassen.
 In dringenden Fällen die Pfän-
 der zur Versteigerung
 gebracht werden. 1397
 Karlsruhe, 27. Juni 31
Stadt. Pfandbriefkassa

Zwangs-Versteigerung.
 Donnerstag, den
 2. Juli 1931, nachm.
 2 Uhr, werde ich in
 Karlsruhe, im Stadt-
 total, Herrstraße 45a,
 gegen bare Zahlung
 im Vollstreckungswege
 öffentlich veräußern:
 2 Uhren, 2 Schreib-
 stühle, 1 Sofa, 6 Stühle,
 1 Spiegel, 1 Rignonsch-
 reibmaschine, 1 Was-
 cherb., 1 Radio mit Laut-
 sprecher, 1 Salonisch,
 überle Zollettarbeit,
 60 m² Haukeine, 1 Schie-
 schielmaschine, 1 Unter-
 schneidmaschine, 30 Zimmer-
 sägen, 2 Hobelbänke, 1 Be-
 spiegelung, 1 Ber-
 eite, 1 Schreibstuhl.
 Ferner bestimmt:
 2 unbenutzte Matrizen,
 2 Delgemälde, 1 Feder-
 schneidmaschine, 1 Bri-
 schneidmaschine, 1 Schu-
 lswagen. 3290
 Karlsruhe, 30. Juni 1931
**Not. Gerlich-
 vollstreckungsamt.**

Frau, 40 Jahre alt (im
 Haushalt gut bewand.),
 sucht Stellung als Haus-
 hälterin. Zu erfr. unter
 B 924 im Volksfreund
 3290

D.K.W., 250, sehr gut
 erhalten, breidwert zu
 verk. Wiesen Rhein-
 straße 414, Sieglar.

Prachtvolle
Nußbaum und Eiche
Einzel-Büfettis
 von 170.- RM. an in
 großer Auswahl.
Möbelhaus Fründlich
 37/39 Kronenstr. 37 39

Grosser Serien-Verkauf
 in
Damen-Konfektion
 Beginn: Mittwoch, den 1. Juli

Aus großen Unter-Preis-Einkäufen habe ich in Kleidern und Mänteln
 außergewöhnlich billige Serien zusammengestellt. Die erreichten, sehr
 erheblichen Preisvorteile lasse ich restlos meiner Kundschaft zugute kom-
 men. Eine Prüfung meiner Angebote wird unbedingt zum Kauf veranlassen

- Serie 1** 850 Ubergangsmäntel, ganz gefüttert, Trench-Coat, Gummi-
Mäntel, reinseidene Douppionkleider, Charmeusekleider,
Voll-Volle-Kleider
- Serie 2** 1450 Reinwollene Regenmäntel, tolle Ubergangsmäntel, ganz
gefüttert, Marockinkleider, Tanzkleider, Voll-Volle-Kleider,
Sportkleider, Charmeuse-Complets
- Serie 3** 1850 Fleur de laîne-Mäntel, ganz gefüttert, Frauenmäntel,
bedruckte Marockain-Kleider, reinseidene Tanzkleider-
Voll-Complets
- Serie 4** 2650 Reinseidene Mäntel, tolle Ubergangsmäntel, teils mit
Pelzbesatz, seidene Nachmittagskleider, bedruckte Geor-
gettekleider, Complots
- Serie 5** 3650 Georgette-Mäntel ganz gefüttert, seidene Mäntel, tolle
Ubergangsmäntel, bedr. Georgette-Complots, Nach-
mittags- und Abendkleider, Sport-Complots

4 50 Ein Posten Waschkleider 4 50
 ca. 200 Stück, aus Panama, Tricolette, bedr.
 Waschseide, Volle, Zefir, Moussin . . . Mk.

Weitere besonders vorteilhafte Artikel:
 Kostüme, reine Wolle, 48.- 29.50 18.50
 Kostüm-Röcke . . . 9.50 5.75 1.90
 Clubjacken, r. Wolle 14.50 9.75 5.90
 Sportblusen . . . 5.90 2.90 1.90

Modellkleider und Copien zu weit herabgesetzten Preisen
 Neue billige
 Angebote in
Wasch- und Druckstoffen
 Bedruckt. Waschseide . . . 1.25 1.65 1.95 2.25
 Wollmousseline . . . 1.15 1.50 1.95 2.35
 Voll-Volles bedruckt

Carl Schöpf

la. Markenräder
 in größter Auswahl Ein- und Zweiräder
Spezialräder
 von 43.- bis 50.- Mk. Sämtliche Ersatzteile
 noch billiger.
Fahrradhaus Dürringer — Kronenstr. 27

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
 Geschäftsstelle (nur briefl.) Kaiserstr. 32, 36, IV.
 Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee-
 Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“,
 Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7^{1/2} Uhr.

Nehmt Musikunterricht
 b. d. Musiklehrerschaft d. Deutschen
 Musikerverbandes. Lehreradressen
 erhältl. in den Musikalienhandlungen

Arbeiter! Berücksichtigt bei Eueren
 Einkäufen stets die Infe-
 renten dieser Zeitung!

**Badisches
 Landestheater**
 Mittwoch, 1. Juli
 8 A 29
 Th.-Gem. 3. S.-Gr.
 1. Hälfte
Salome
 Drama
 von Richard Strauss
 Dirigent: Krips
 Regie: Brückner
 Mitwirkende:
 Saberton, Reich-
 Dörfl, Winter,
 Elggrab, Falke,
 Spöck, Kalmbach,
 Vierter, Seher, Ventur,
 Krieger, Schoedlin,
 Straß, G. Stöhringer,
 Kilian, Regel, Schmitt,
 Schneyer
 Anfang 20 Uhr
 Ende 21.30 Uhr
 Preise C (1.00-7.00) 1302
 Do. 2.7. zum erst. Mal:
 Der Sonnenanbeter
 Nr. 3. 7. Salome Sa.
 4. 7. Undine. So. 6. 7.
 Boris Godunow. Im
 Konzerthaus. Keine
 Vorstellung.

Dr. med. Karl Mayer
 Frauenarzt
 Sprechstunden täglich 11-1 u. 3-5 Uhr
 und eigene Klinik
Stephanienstraße 66
 Fernsprecher 656
 Für meine Klinik bin ich bei Krankenkassen,
 Sprechzeit: 10-11 und 2-4, Sa. nur 10-11 Uhr
 Betriebskrankenkassen und der Allge-
 meinen Ortskrankenkasse zugelassen.

Zugelassen
 zu sämtlichen Krankenkassen
Dr. med. E. Kimling
 Facharzt
 für Säuglings- u. Kinderkrankheiten
 Sprechzeit: 10-11 und 2-4, Sa. nur 10-11 Uhr
 Schillerstr. 9 Bruchsal Tel. 2569

Druckarbeiten aller Art liefert schnell und
 Verlagsdruckerei
 Volksfreund G.m.b.H.

VOLKSBUENE
 Rot abholen!
Stadtpark
 Donnerstag, 2. Juli
 von 20-22^{1/2} Uhr:
Sonder-Konzert
 (Richard-Wagner-
 Abend)
 ausgeführt von Phil-
 harmonischen Orchester
 unter Leitung von
 Kapellmeister
 Rudolf Gahr
 Eintrittspreise:
 Nichtabonnenten Erh.
 40 Pf., Abonnenten
 Erh. 20 Pf.

Wirklich
erfrischend!
Himbeersaft 140 1/2 80
 1/2 Fl. 1/2 Fl.
Orangeade 130 1/2 75
 1/2 Fl. 1/2 Fl.
Citronensaft 130 1/2 75
 m. Zucker 1/2 Fl. 1/2 Fl.
 (Citronensaft) Fl. 1/2 Fl.
Preise mit Glas
 10 % Rückvergütung
Eisgekühlt Herrenhäuser,
 Baden-Badener
 und Talmacher Sprudel, Limo-
 naden, Sodawasser, Apfelwein
 .. und eine Portion
Gutes Eis
 Vanille Portion 10
 Erdbeer 10

Wanzen?
 und Brutvernichtung
 nur mit Wimmelal, ge-
 ruchslos, garantiert
 Erfolg. Tube 75 Pf.
 (ergibt 1/2 Liter). Allein
 zu haben bei Th. Wals,
 Jollystr. 17 u. Babenaria-
 Drogerie, Kaiserstr. 245

Beigrüne
Moskflässer
 jeder Größe preis-
 wert. 5279
 Kronenstr. 30

Pfannkuch
 Pfannkuch-Waren helfen sparen
5 % Rabatt